Deutscher Bundestag **Drucksache 15/1015**
15. Wahlperiode 20. 05. 2003

Antrag

der Abgeordneten Peter Weiß (Emmendingen), Dr. Christian Ruck, Dr. Ralf Brauksiepe, Hartwig Fischer (Göttingen), Klaus-Jürgen Hedrich, Siegfried Helias, Rudolf Kraus, Conny Mayer (Baiersbronn), Sibylle Pfeiffer, Christa Reichard (Dresden), Rainer Eppelmann, Norbert Geis, Dr. Egon Jüttner, Jürgen Klimke und der Fraktion der CDU/CSU

Nach der Neuwahl in Argentinien: Entwicklungszusammenarbeit mit Argentinien und Uruguay zielgerichtet fortführen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Lage hat sich in Argentinien und in einer Art Sogwirkung auch in Uruguay seit 1999 kontinuierlich verschlechtert; seit 2001 ist sogar ein dramatischer wirtschaftlich-sozialer Abrutsch beider Länder zu konstatieren. Beide Länder befinden sich in der schwersten Wirtschaftskrise ihrer Geschichte.

Nach dem Rücktritt des argentinischen Staatspräsidenten Dr. Fernando de la Rúa im Dezember 2001 und der Übergangspräsidentschaft Adolfo Rodriguez Saas und einer Reihe von Übergangspräsidenten hat die amtierende Regierung Dr. Eduardo Duhalde zwar den Ausbruch sozialer Unruhen als Folge der rasanten Zunahme der Armut in weiten Teilen der Bevölkerung verhindern können. Weder hat sie aber die dringend notwendigen Reformen zur wirtschaftlichen und sozialen Stabilisierung des Landes auf den Weg gebracht noch hat sie die Reformvereinbarungen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) eingehalten. Gleichzeitig unterliegt die argentinische Bevölkerung einem dramatischen Verarmungsprozess. UNDP beziffert in seinem Entwicklungsbericht Argentinien 2003 den Anstieg des Armenanteils an der Bevölkerung zwischen Oktober 2001 und Mai 2002 von 38,5 % auf 53,3 %; die absolute Armut sei von 13,8 % auf 25,2 % gestiegen. Insgesamt leben derzeit etwa 19 Millionen Argentinier in Armut.

Nach der Wahl von Nestor Kirchner zum neuen argentinischen Präsidenten besteht die Hoffnung auf eine Politik, die einen konsequenten Konsolidierungskurs einschlägt und nachhaltige Schritte zur Stabilisierung der öffentlichen Finanzen und der gesamtwirtschaftlichen Lage unternimmt. Argentinien ist hierbei aber dringend auf die Unterstützung der internationalen Staatengemeinschaft angewiesen. Diese Unterstützung ist an klare Konditionen einer reform- und entwicklungsorientierten Politik zu binden.

Darüber hinaus ist Argentinien ein Schwellenland, das für Deutschland einer der wichtigsten Wirtschaftspartner in Lateinamerika ist. Zudem erweist sich Argentiniens Wissenschaft und Forschung als potentieller Partner zur Erarbeitung gemeinsamer Lösungen z. B. im Energie- oder Umweltbereich. Es wäre

daher nicht nur entwicklungspolitisch unverantwortlich, sondern auch aus anderen strategischen Gründen unklug, Argentinien in seiner aktuellen Notlage die Unterstützung zu verweigern.

Ähnlich gelagert ist die Situation im Nachbarland Uruguay. Zwischen beiden Ländern bestehen sehr enge wirtschaftliche Verflechtungen. Gerade das Ausbleiben des argentinischen Tourismus wirkt sich in Uruguay sehr negativ aus. Die Finanzkrise führte zum Ende zahlreicher Banken, und die Wirtschaft Uruguays stagnierte in ähnlich starkem Ausmaß wie in Argentinien. Die Auswirkungen auf den Bevölkerungswohlstand sind denen in Argentinien zumindest in Ansätzen vergleichbar.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher auf,

1. die Entwicklungszusammenarbeit mit Argentinien und Uruguay unter Anpassung an die geänderte Lage fortzuführen und hierfür die notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen;
2. die Kooperationsansätze mit beiden Ländern gerade in Hinsicht auf die Bereiche Armutsbekämpfung (Beratung und Implementierung sozialer Hilfsprogramme), Bildung (besonders berufliche Aus- und Fortbildung) und Korruptionsbekämpfung neu zu strukturieren;
3. der Forschungs- und Wissenschaftszusammenarbeit eine besondere Aufmerksamkeit zu widmen;
4. besonders in den Bereichen Desertifikationsbekämpfung und Gesundheitsvorsorge die bestehenden Kooperationsvorhaben zu verstärken;
5. im Rahmen der internationalen Geberverhandlungen deutlich Position für die Einhaltung eines strikten Reformprogrammes in beiden Ländern bei gleichzeitiger Unterstützung der oben genannten Schwerpunkte, besonders der Armutsbekämpfung, einzunehmen.

Berlin, den 20. Mai 2003

Peter Weiß (Emmendingen)
Dr. Christian Ruck
Dr. Ralf Brauksiepe
Hartwig Fischer (Göttingen)
Klaus-Jürgen Hedrich
Siegfried Helias
Rudolf Kraus
Conny Mayer (Baiersbronn)
Sibylle Pfeiffer
Christa Reichard (Dresden)
Rainer Eppelmann
Norbert Geis
Dr. Egon Jüttner
Jürgen Klimke
Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333